

Schwäbische Zeitung

Erscheint am Dienstag und Freitag. — Monatsbezugspreis RM. 1,70 samt Beförderungsgebühr und Trägereid, durch die Post RM. 1,60 zuzüglich RM. 0,34 Post-Zustellgebühr. — Anzeigenpreis für den lokalen und allgemeinen Teil nach Preistarif vom 1. März 1944 — Adresse: Schwäbische Zeitung, Lautkirch, Poststr. 22, Tel. 212. — Geschäftsstelle Rottweil, Waldforstr. 4, Tel. 222. — Verlagspostamt Friedrichshafen a. B. Rottweil/Schwenningen Schramberg/Oberndorf/Horb 3 Calw/Freudenstadt

Freitag, den 26. September 1947

ORGAN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION

Nr. 77 / Jahrgang 3 / Preis 20 Pfg.

Verpflichtung zur Planwirtschaft

Der Sechzehner-Bericht wird in Washington geprüft

Paris. — Der Schlußbericht der Pariser Konferenz der 16 Nationen wird zur Zeit in Washington von zehn Ausschüssen der obersten Staatsämter eingehend geprüft. Außenminister Bevin sagte bei der Rückkehr nach London, er wäre sehr zufrieden, die Leistung sei groß und er hoffe, daß sie gute Ergebnisse für die ganze Welt zeitigen werde.

Die Produktionsziele werden in dem Bericht so festgelegt, daß die Teilnehmerländer sich auf bestimmte Planungsziffern verpflichten, die aufeinander abgestimmt sind. So steht die französische Stahlproduktion in Verbindung mit dem britischen Kohlen-Soll 1951 sollen 584 Millionen Tonnen Kohle gefördert werden, um 154 Millionen Tonnen mehr als 1947 und um 30 Millionen Tonnen mehr als 1938. Das Produktions-Soll für Stahl für 1951 beträgt 55 Millionen Tonnen, um 16 Millionen Tonnen mehr als 1938 und um 80 Prozent mehr als 1947. Die Leistung Westeuropas in den nächsten zehn Jahren soll der der Vereinigten Staaten während des

Kriegs entsprechen. Die Gesamteinfuhr der Teilnehmerländer soll bis 1951 auf der gleichen Höhe gehalten werden wie zur Zeit. Dabei soll die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten langsam herabgesetzt und die aus den andern Ländern des amerikanischen Kontinents leicht gesteigert werden. Das Gesamtdefizit der Teilnehmerländer einschließlich Westdeutschlands wird mit 22,4 Milliarden Dollar angegeben, könnte aber auf 19,3 Milliarden gesenkt werden, wenn die Weltbank die Maschineneinfuhr finanzieren würde. (Der Vizepräsident der Bank, Robert Gardner, hat einen Kredit von 3,5 Milliarden Dollar für Investitionen in Aussicht gestellt.) Von dem Betrag des Ruhrgebietes heißt es in dem Bericht, die Bedingungen der Sicherheit verlangten, daß der Rhythmus und die Natur des deutschen Wiederaufbaus sorgfältig kontrolliert werden müßten. Die deutsche Wirtschaft dürfe sich nicht zum Nachteil der andern Wirtschaften entwickeln, wie sich das schon einmal in der Vergangenheit ereignet habe.

Die Sowjets in der Minderheit

New York. — Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Revision des Italienischen Friedensvertrages, die von Argentinien beantragt wird, die Griechenland-Frage und die Unabhängigkeit Koreas auf die Tagesordnung gesetzt. In allen drei Fällen blieb die Sowjetunion mit ihren osteuropäischen Verbündeten in der Minderheit. Der Rest der Tagesordnung wurde ohne Abstimmung angenommen. „General Markos“ hat in einem Schreiben an die Vereinten Nationen um die Entsendung einer Kommission nach Griechenland und um die Zulassung einer Abordnung der griechischen Rebellen gebeten.

In der Debatte sagte der britische Vertreter, Staatsminister Hector Mac Neil, seine Regierung wünsche, daß der Vorschlag, einen provisorischen Friedens- und Sicherheitsausschuß zu gründen, von der Vollversammlung mit aller gebotenen Aufmerksamkeit geprüft werde. Die Charta dürfe jedoch nicht geändert und die Funktionen irgendeines Organes der Vereinten Nationen dürfen nicht begrenzt werden. Mac Neil forderte freien Grenzübergang für Angehörige befreundeter Nationen, ferner daß jede Nation in allen

internationalen Fragen eine vernünftige Haltung einnehme und die Gegebenheiten respektiere, sowie daß kein Land in Fragen von allgemeinem Interesse der Weltmeinung zuwiderhandele. Die sowjetische Darstellung, daß für die Spaltung Europas in zwei Blöcke die Vereinigten Staaten und Großbritannien verantwortlich seien, nannte Mac Neil eine „ungeheuerliche Anschuldigung“. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen sowjetischen Politik werde alle die schrecklichen Folgen bringen, auf die Wischinsky aufmerksam gemacht habe. Die Erhaltung des Friedens erfordere vor allem, daß der Eisernen Vorhang zwischen der Sowjetunion und der übrigen Welt falle. Die Sowjetunion sei eine junge Macht und erwarte — die Erfahrung habe es bestätigt — daß sie in vielen Angelegenheiten weniger Freunde und weniger Stimmen gewinnen könne als die älteren Mächte. Die Außenministerkonferenz im November sei die letzte Hoffnung Europas. Die Teilung Deutschlands führte er auf Rußlands Weigerung zurück, an der Lösung des deutschen Problems mitzuarbeiten. Als Wischinsky sich neuerlich zum Wort meldete, wurde es ihm von dem Präsidenten Aranha verweigert.

Pauls Grund zur Flucht

Berlin. — Vertreter der amerikanischen Militärregierung sagten, der Aufenthalt von Dr. Rudolf Paul und Heinrich Mertens in der amerikanischen Zone interessiere zwar die Militärregierung, betreffe jedoch lediglich die deutschen Behörden, deren Aufgabe es sei, zu entscheiden, ob Personen in der Zone bleiben dürften, die sich in ihrem früheren Wohnort nicht ordnungsgemäß abgemeldet hätten. Sollte Paul und Mertens der Aufenthalt gewährt werden, so müßten die Behörden die Genehmigung bei den amerikanischen Kontrollbeamten rechtfertigen können. Die Frage, ob einem Auslieferungsantrag der sowjetischen Militäradministration oder deutscher Behörden in der Ostzone entsprochen werden würde, wurde dahin beantwortet, daß verantwortliche Behörden der Sowjetzone bereits des öfteren die Rückführung von Personen nicht zugelassen hätten, die unerlaubt in die amerikanische Zone gekommen seien.

Wie das hessische Staatsministerium mitteilt, soll der Grund für die Flucht Dr. Pauls

gewesen sein, daß man ihm zugemutet habe, bei einer Großkundgebung der SED in Weimar zu sprechen, auf der der sofortige Anschluß der Ostzone an die Sowjetunion als deren 18. Republik gefordert werden sollte. Dr. Paul sei zum Ministerpräsidenten der ostdeutschen Sowjetrepublik ausersehen gewesen.

Dr. Paul, der sich seit einigen Tagen in Bad Nauheim aufhält, sagte, er sei geflüchtet, weil einige Forderungen, die man ihm gestellt habe, mit verantwortungsbewußter Haltung nicht mehr zu vereinbaren gewesen wären. Der ehemalige Oberbürgermeister Mertens, der mit seiner Familie in Frankfurt am Main ist, behauptete von sich, er habe sich die Feindschaft einiger SED-Funktionäre zugezogen, die wegen ihrer unzulässigen Machenschaften zwar durchweg auch in der eigenen Partei mißachtet würden, trotzdem aber einen verächtlichen Einfluß hätten. Freunde hätten ihn von einem geheimen Beschluß der SED informiert, daß er verhaftet werden solle.

Ein falscher Zungenschlag

Stuttgart. — Bei dem Spruch gegen den ehemaligen Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer, der in die Gruppe der Minderbelasteten eingereicht und mit zwei Jahren Bewährungsfrist verurteilt wurde, muß man die politische Beurteilung, besonders die Zustimmung zum Ernüchterungsgesetz, und die persönliche Beurteilung des Betroffenen auseinanderhalten. Bei der politischen Beurteilung, besonders für die Zeit vor 1933, kommt man zu der Auffassung, daß hier die Kammer sehr gute Arbeit geleistet hat. Betrachtet man aber den Fall Simpfendorfer nach der persönlichen Seite, so kommt man zu dem Schluß, daß der zweifellos nicht schöne Wahlauftritt, der als einzige Belastung von der Kammer übrig blieb, überbewertet wurde. Die Kammer hat den Betroffenen ausdrücklich als Gegner des Nationalsozialismus gekennzeichnet und seine Verdienste im Kirchenkampf gewürdigt. Es erscheint daher fraglich, ob man einen Mann wegen einer einzigen Entgleisung, wie es im Spruch selbst heißt, wegen eines „falschen Zungenschlages“, wie der Verteidiger sagte, so hart bestrafen

Was Dr. Weiß gesagt hat

Sigmaringen. — „Unsere Stimme“ hat am 19. September über eine Versammlung berichtet, auf der Landwirtschafts- und Ernährungsminister Dr. Weiß vor den Bürgermeistermeistern und landwirtschaftlichen Ortsobmännern des Kreises Sigmaringen über die gegenwärtige Ernährungslage gesprochen hat. Die Darstellung des kommunistischen Blattes macht es nötig, festzustellen, was Dr. Weiß in Sigmaringen tatsächlich gesagt hat. Er hat die vorbildliche Ablieferungsleistung der Landwirtschaft in Württemberg-Hohenzollern lobend anerkannt. Sie wurde in keinem Land der französischen Besatzungszone erreicht. Das blieb nicht ohne Einfluß auf die Versorgung unseres Landes. Dr. Weiß erwähnte die reibungslose Brotversorgung und die beachtliche Zahl von 35 Eiern, die an jeden Normalverbraucher ausgegeben wurden. Sehr eingehend sprach Dr. Weiß über die Folgen der Trockenheit, die sich besonders ungünstig auf die Kartoffelernte auswirkt. Dazu kommt der Ausfall von Gemüse, der wenigstens zum Teil durch Obst ausgeglichen werden kann. Die Trockenheit wird auch im kommenden Wirtschaftsjahr spürbar sein, da etwa die Reapsaats infolge der Trockenheit fast ganz ausfiel und die Wintersaat verspätet oder gar gefährdet ist. Da außerdem der Heustock zur Viehfütterung herangezogen werden muß, weil kein Futter nachwächst, kann selbst der größte Optimist im nächsten Jahr keine durchgreifende Besserung erwarten. Dr. Weiß sagte, daß die Trockenheit einen Ausfall an Milch und damit an Butter zur Folge habe. Dazu käme der Wegfall von pflanzlichem Fett, wie es der Winterraps unter normalen Verhältnissen geliefert hätte. Unter diesen Umständen ist die monatliche Fettration von 320 Gramm gefährdet. Die Landwirtschaftsminister der französischen Besatzungszone seien einig, sagte Dr. Weiß, die Verantwortung für die neue Getreidemarkordnung nicht übernehmen zu können, wenn sie nicht in den Durchführungsbestimmungen gemildert werde. Der Bauer müsse sich in seiner Standesehre verletzt fühlen, wenn ihm

Zuchthaus und Entzug der Selbstverwoerungseigenschaft angedroht würde, nachdem er mit vorbildlichem Eifer seiner Ablieferungsleistung genügt habe. Dr. Weiß sagte auch, daß wir aus eigener Kraft bestenfalls 1000 Kalorien je Kopf und Tag erzeugen können. Alles andere, was darüber hinausgeht, müsse durch Einfuhr gedeckt werden. Dies war der wesentliche Inhalt des Vortrags von Dr. Weiß.

Föderalistische Einheit

Ravensburg. — Eine CDU-Versammlung in Ravensburg nahm nach einem Vortrag von Dr. Günther Grzimek einstimmig folgende Resolution an: Die CDU Ravensburg erklärt feierlich ihren Herzenswunsch und ihr stetes, durch keine Entwicklung zu hemmendes Verlangen, daß ganz Deutschland in einem einzigen föderalistisch aufgebauten Staat vereinigt und daß kein eiserner Vorhang zwischen uns und die deutschen Brüder und Schwestern im deutschen Osten gelegt wird.

Sozialdemokratische Kirchenpolitik

Berlin. — Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands teilt in Richtfeststellung eines Berichts der „New York Times“ mit, daß von Vertretern der Partei und Delegierten der evangelischen Kirche, die der Richtung Martin Niemöllers nahestanden, am 17. Juli Unterredungen informativ-sondierenden Charakters geführt worden seien. Die Zusammenkunft sei von den kirchlichen Kreisen gewünscht worden. Sie hätten betont, die gegenwärtige Lage in Deutschland mache eine Revision der Politik der evangelischen Kirche notwendig. Diese wolle sich mehr für die materiellen und sozialen Interessen der breiten Masse einsetzen. Die Sozialdemokratie habe ihrerseits den Willen gezeigt, die freie Religionsübung zu verteidigen.

Dänische Wünsche

Flensburg. — Dänen aus Südschleswig haben an das Hauptquartier der britischen Kontrollkommission in Kiel die Bitte gerichtet, vorzuschlagen, daß die Londoner Konferenz der Außenminister sich auch mit der Frage Südschleswigs befassen möge.

Das gute Geld des Friedens

RAW. „Das Wissen, daß eine Finanzreform zu erwarten ist, wirkt sich beinahe ebenso ungünstig aus wie die überschüssige Kaufkraft“, sagte einmal der Leiter der Finanzabteilung der britischen Militärregierung, S. P. Chambers. Wie recht er hatte, zeigte uns in diesen Tagen das völlige Verschwinden der Scheidemünze aus dem Geldumlauf. Kein Geschäft hat das erforderliche Wechselgeld, an den Schaltern der Bahnhöfe ist es nicht besser und die Post versucht sich mit Briefmarken zu helfen. Märchen über Möglichkeiten, mit Kleingeld im Nachbarland phantastisch zu verdienen, tragen bei, die unerquickliche Situation zu steigern, beweisen aber auch, wie gut sich die neue Staatsgrenze bewährt und wie wenig über die Wirtschaftsverhältnisse auf ihrer andern Seite bekannt ist. Zweifellos hat die Praxis beim Geldumtausch im Saargebiet zu dieser Entwicklung beigetragen. In keinem Artikel oder Gespräch über diese Prozedur wurde versäumt, darauf hinzuweisen, daß im Saarland, genau wie in Oesterreich, das deutsche Münzgeld im Umlauf bleibe. Daß dadurch mancher kleine Mann, wie ein Straßenbahnschaffner in Mainz, zu der Ueberzeugung verleitet wird, bei uns könnte es einmal ähnlich sein, ist verständlich. Hamburg will neue Scheidemünzen prägen. Was Hamburg kann, ist jeder Zone möglich und wird auch dem ganzen Deutschland nicht unmöglich sein.

Es ist richtig, daß im Saarland die deutsche Scheidemünze im Umlauf blieb, und im oesterreichischen Schillinggesetz vom 1. Dezember 1945 in Artikel I, § 2, b steht: „Vom 21. Dezember 1945 an sind in der Republik Oesterreich gesetzliche Zahlungsmittel: . . . d) die Scheidemünze der Reichsmarkwährung.“ Wenn aber aus derartigen Vorgängen auf dem Gebiet der Geldreform Schlüsse auf unsere künftige Währungsreform gezogen werden, wäre für manchen unserer Zeitgenossen der Artikel III, § 12, des erwähnten Schillinggesetzes sicher viel interessanter. Diese Bestimmung lautet: „Die Kreditunternehmen haben dem örtlich zuständigen Finanzamt unter Führung der Konto(Sparbuch)daten . . . alle Einzahlungen mitzuteilen, bei denen der Verdacht besteht, daß der eingezahlte (überwiesene) Betrag . . . aus einer gegen gesetzliche Vorschriften verstößenden Handlung stammt.“ Man wollte die Schwarzhändler und Schieber treffen und hat sie getroffen. Es ist nicht anzunehmen, daß Deutschland die Möglichkeit zu dieser ersten Irishen Gerechtigkeit versäumen wird. Wie in Oesterreich werden dann beträchtliche Summen im Feuer verschwinden, um nicht zum Ankläger ihrer Besitzer zu werden.

Wie wenig vernünftig die gegenwärtige Kleingeldhamsteri im Grunde ist, zeigt

allein die Tatsache, daß es Oesterreich bei seiner Reichsmark-Schilling-Umstellung nur mit rund acht Milliarden Reichsmark, das Saarland bei knapp einer Million Einwohnern mit entsprechend weniger zu tun hatten, daß aber Deutschland rund 70 bis 75 Milliarden zu bewältigen haben wird. Die Maßnahmen, auch auf dem Gebiet der Scheidemünze, werden daher wahrscheinlich anders sein als in Oesterreich und im Saarland.

Ein Vergleich mit der Inflation von 1923 wird immer zu einem Fehlschluß führen. Der gegenwärtige Geldüberhang bietet nicht nur einen Unterschlupf für Konjunkturritter, Schieber, Nichtsteuer und Schwarzhändler, sondern verbirgt auch vorerst noch in göttlicher Nachsicht unsere namenlose Verarmung und eine Unsumme an Jammer, Elend und Not. Die öffentliche Wohlfahrt eines völlig ruinierten Staates kann nicht die Scharen der Kriegsverstümmelten, Altersrentner, Sparer, Stelungslosen und die in Ausbildung befindliche Jugend auch nur annähernd ausreichend unterstützen. Die Erwartungen, die man in diesen Krisen an die Geldreform knüpft, können keinesfalls erfüllt werden. Die Geldreform in Oesterreich, Belgien und Frankreich und anderen Ländern Europas hat gezeigt, daß für die Durchführung von Währungsmaßnahmen der richtige Zeitpunkt für den Erfolg von entscheidender Bedeutung ist. Währungsmaßnahmen haben die Eigenart, daß sie nicht oder nur mit unabwehrbaren Folgen wiederholt werden können. Schon vor dem Marshall-Plan war es klar, daß eine getrennte Finanzreform der West- und Ostgebiete zur wirtschaftlichen Spaltung führen müßte. Jede Geldreform wird so lange problematisch sein, als sie nicht von einer wirkungsvollen Steigerung der Güterproduktion begleitet wird. Diese Voraussetzung wurde erst vor wenigen Tagen bei der Neufestsetzung des deutschen Industriepotentials geschaffen. Soll die Geldreform nicht den Weg zum notwendigen sozialen Ausgleich endgültig verbauen, so wird es erforderlich sein, daß sich unsere Parlamente über die Behandlung der Reichsschuld mit 600 bis 900 Milliarden schlüssig werden, einen nach christlicher Gerechtigkeit angemessenen Lastenausgleich unter Berücksichtigung der bisher noch nicht anerkannten Entschädigungsansprüche anstreben und eine dementsprechend gerechte Sonderbelastung des Sachbesitzes verfügen. Will man den Kreis noch weiter ziehen, so ist eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse durch Währungsmaßnahmen so lange nicht zu erhoffen, als Deutschland nicht einen einigermaßen wirtschaftlich tragbaren Friedensvertrag mit einer ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeit für seine Bewohner hat und endgültige Klarheit über das Ausmaß der Demontage erhält.

Ohne Passierschein

Meister Adebar, der sich auf dem Schiffsdeck den ganzen Sommer über so gemütlich gemacht hatte, ist abgereist. Monatlang hatte er es sich und seinen Jungen - ganz ohne Fleisch und Fett...

Regierungserklärung zur Ernährungslage

Tübingen. - In der Landtagsitzung, die am 24. September 1947 stattfindet, wird eine Regierungserklärung zur Ernährungslage abgegeben werden.

Revision im Rottenburger Prozess

Tübingen. - Die im Prozess als Demonstranten gegen den Bischof von Rottenburg Verurteilten haben durch ihre Verteidiger Berufung gegen die ausgesprochenen Urteile einlegen lassen.

Rohkautanen werden gesammelt

Tübingen. - Die reifen Früchte der Rohkautanen enthalten Stärke und anderen wertvollen Rohstoffe, die zunächst zur Ernährung nicht verwendbar sind.

Großbrand in Mengen

Mengen. - Durch ein Großfeuer wurde das modern eingerichtete Säge- und Hobelwerk J. Dillmann vollständig eingeschmort.

FAMILIENANZEIGEN

Die Vermählte Frau Maria Klau, Margarethe Klau geb. Krumelet, Schramberg, Oberndorferstr. 147, 27. September 1947.

SCHRAMBERGER ANZEIGEN

Der Jahrgang 1907 beabsichtigt, im Spätherbst die Abhaltung eines Her Festes in beschleunigtem Rahmen. Die Jahrgangsgenossen müssen sich melden bis 1. Oktober.

Schwäbische Zeitung

berg und Hohenzollern zu einer gemeinsamen Arbeitswoche mit Schweizer Lehrern in die Schweiz eingeladen.

Der Dünger für das nächste Jahr

In nächster Zeit erhalten alle landwirtschaftlichen Betriebe durch die Gemeindebehörden einen Düngerbestellzettel. Die Bestellzettel werden den Betrieben einzeln ausgehändigt.

Handball

Letzte Ergebnisse aus den Länderspielen: Österreich - Schweden 4:3, Städtespiel Zürich - Stockholm 9:3, TSG Flossburg - Frem Kopenhagen 1:4.

Leichtathletik

Im Stadion Rehberg bei Berlin errang die Sportgruppe Grünwald mit 629,6 Punkten die Mannschaftsmehrfachheit der Berliner Leichtathleten.

Schwimmen

Die Schwimmleistungen der französischen Zonen finden am 11. und 12. Oktober in Konstanz statt.

In wenigen Tagen

Das erste Anballungssemester für Fußballlehrer beginnt am 2. November an der Sporthochschule in Köln. Jeder Lehrgang dauert zwei Semester.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Stadlerverwaltung Schramberg. Abgabe der abgelaufenen Interzonenpässe. Nach Anweisung des Bundesrats...

Kartoffelversorgung. Diejenigen Verbraucher, die ihre Kartoffeln nicht direkt vom Erzeuger beziehen können...

Vorbestellung von Waren. Die Vorbestellung für die Monatskassen, September, Oktober 1947 wird verlängert...

Reisemarken. Die Gültigkeitsdauer der Reisemarken mit dem Wappen des Reiches...

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für den Monat Oktober 1947 erfolgt am Montag, den 28. September 1947...

SPORTBERICHTE

Der Engländer Pike durchlief bei dem internationalen Leichtathletenportfest in Oslo die Strecke über 400 Meter in 58,1 Sekunden.

Tennis

Das für den 21. September in Baden-Baden vorgesehene Tennisturnier Südwestdeutschland gegen Nordwestdeutschland wurde auf den 28. 29. verschoben.

Eislauf

Das Eislaufpaar Bauer hat für die kommende Saison die Erlaubnis zum Wiedertritt erhalten. Maxi und Ernst sind eifrig bei der Vorbereitungsarbeit.

Schwimmen

Der französische Melancholiker Alex Jany erzielte im Hundert-Meter-Freistilschwimmen mit 58,8 Sekunden einen neuen Weltrekord.

In wenigen Tagen

Das erste Anballungssemester für Fußballlehrer beginnt am 2. November an der Sporthochschule in Köln. Jeder Lehrgang dauert zwei Semester.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Stadlerverwaltung Schramberg. Abgabe der abgelaufenen Interzonenpässe.

Kartoffelversorgung. Diejenigen Verbraucher, die ihre Kartoffeln nicht direkt vom Erzeuger beziehen können...

Vorbestellung von Waren. Die Vorbestellung für die Monatskassen, September, Oktober 1947 wird verlängert...

Reisemarken. Die Gültigkeitsdauer der Reisemarken mit dem Wappen des Reiches...

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für den Monat Oktober 1947 erfolgt am Montag, den 28. September 1947...

AUS DER KIRCHLICHEN WELT

Französische Bischöfe in Westdeutschland. Der Erzbischof von Toulouse, Kardinal Salgues, wird in Begleitung des Bischofs von Lourdes...

Kuppel der Melker Stiftskirche zerstört

Kurzlich brach in der Kuppel der Melker Stiftskirche ein Feuer aus, das sich rasch ausbreitete. Feuerwehren aus ganz Niederösterreich und aus Wien gelang es nach neun Stunden, dem Brand zu löschen.

Gebet im amerikanischen Senat

Der amerikanische Senat hat einen eigenen Pfarrer (gegenwärtig ist es der Pfarrer einer presbyterianischen Kirche von Washington), der jede Sitzung mit Gebet einleitet.

Der Weltkirchenrat plant für den Oktober einen Zusammenkunft von Führern der Jugendbewegungen aus Deutschland, der Tschechoslowakei, Holland, der Schweiz, Frankreich, Polen, Österreich und Italien.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

F.C.I.R.O. Suchdienststelle, Arolsen bei Kassel. sucht: Calinski Stefan, Yandusa, Pole, 24 J., aus Mauthausen; Calissano Celso, Italiener, 23 J., aus Caluso; Joseph, Franzose, 22 J., aus KZ Buchenwald; Cappelli Roggero, Italiener, 23 J., aus Casale; Casanova Marie, Italiener, 19 J., aus Ebensee; Cavalieri Francesco, Italiener, 20 J., aus Anich; Amalia, Griechin, 25 J.; Casanova Maria, Italiener, 27 J., aus KZ Dachau; Ceglarek Tomasz, Pole, 44 J., aus KZ Mauthausen.

Auszahlung von Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener durch die Landeszentralbank

Wie fänglich durch die Presse und den Rundfunk bekanntgegeben wurde, sind die Kriegsgefangenenvereine zur Einlösung von Kreditverträgen und Auszahlung von amerikanischen militärischen Zahlungsverordnungen (Military Payment Order) an entlassene Kriegsgefangene der WEH auf die Landesämter der Landeszentralbank zu beauftragen.

Die Einzelheiten der Einlösung von Kreditverträgen und militärischen Zahlungsverordnungen in der französischen Zone sind wie folgt:

1. Auszahlung wird nur an solche Verleihen geleistet, wenn militärische Zahlungsverordnungen und Kreditverträge unmittelbar ausgeteilt worden sind.

2. Die Auszahlung wird durch die letzten Verfügungen der Bundeszentralbank unter Aufsicht der Militärregierung erfolgen.

3. Die Auszahlungen beginnen am 1. Oktober 1947.

4. Die entlassenen Kriegsgefangenen müssen sich durch Benachrichtigung und Kriegsfangenenentlassungsgeld, Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen durch Zeugnisse ausweisen.

5. Die Bundeszentralbankempfänger sind angewiesen worden, ihre Kreditverträge oder militärischen Zahlungsverordnungen über Berlage bei der Bundeszentralbank nicht beizubehalten, sondern vor Auszahlung beziehungsweise Einlösung für Beschaffung des notwendigen Geldes zu verkaufen.

6. Es ist nicht zulässig, Beträge zur Einlösung von Kreditverträgen bei anderen militärischen Zahlungsverordnungen, die nicht auf den Namen der Verleihen ausgestellt wurden, ohne vorherigen Einverständnis mit der Bundeszentralbank zu verkaufen.

7. Militärische Zahlungsverordnungen werden bei Berlage befreit.

8. Kreditverträge werden gegen Interimsanweisung zum Einzug genommen. Die Kreditverträge werden dann von den amerikanischen Militärbehörden geprüft und befreit, so, wenn sie die letzten Landeszentralbankverfügungen zur Zahlung zurückzuführen.

9. Solche Verleihen, die ihre Kreditverträge verloren haben oder glauben, einen entsprechenden Anspruch auf Zahlung von Gehalt oder Lohn aus einer früheren Beschäftigung im Kriegsgefangenenverhältnis zu den Kreditverleihen zu haben, sind für solche Fälle Zahlungsverordnungen über Kreditverträge auszustellen, müssen sich hierüber an die militärischen Zahlungsverordnungen wenden, die für die Einlösung der Zahlungsverordnungen zuständig sind.

10. Solche Verleihen, die ihre militärischen Zahlungsverordnungen (Military Payment Order) verloren haben, müssen hierüber direkt an den Leiter des War Relocation Bureau in Wiesbaden bei Darmstadt schreiben und dabei alle Einzelheiten angeben.

11. Die Angehörigen der Bundeszentralbank werden die ehemaligen Kriegsgefangenen über den Zeitpunkt der Auszahlung ihrer Kreditverträge benachrichtigen. Die früheren Kriegsgefangenen müssen bei den zuständigen Bundeszentralbankstellen mit ihrer Identifikation und ihrer Interimsanweisung und ihrem Kriegsfangenenentlassungsgeld persönlich erscheinen, um die Zahlung in Empfang zu nehmen.

12. Auszahlungen an Kriegsgefangene erfolgen auf der Einzelbasis von \$ 25. Reichsmark für 1 US-Dollar.

13. Im unzulässigen Fall bei der Auszahlung zu vermeiden, wird gleich allen Verleihen, die für eine Auszahlung in Frage kommen, werden, nicht gleich am ersten Tage der Auszahlung in den Bundeszentralbankstellen erscheinen. Die in der Regel nur eine Übergangszeit erhaltene Interimsanweisung und ihrem Kriegsfangenenentlassungsgeld persönlich erscheinen, um die Zahlung in Empfang zu nehmen.

14. Auszahlungen an Kriegsgefangene erfolgen auf der Einzelbasis von \$ 25. Reichsmark für 1 US-Dollar.